

Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M^r. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M^r.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: die vierseitige Petitzeile 40 Pf^g.

Organ
des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Nüdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:
Berlin O, Nüdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. w. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 35.

Berlin, den 27. August 1911.

12. Jahrgang.

Lehrreiche Einblicke.

Vor einigen Wochen ereignete sich in einer Berliner Druckerei ein offensichtlicher Tarifbruch der Maschinenmeister. Weil ihnen eine ordnungsmäßig zustande gekommene Entscheidung des Tarifamts nicht passte, verweigerten sie die Arbeit, und versuchten damit etwas anderes, ihnen genehmeres, zu erzwingen. Das Personal einer anderen Druckerei, die mit der ersten in enger geschäftlicher Beziehung steht, erklärte sich solidarisch in jowit, als es die verweigerte Arbeit auszuführen ebenfalls ablehnte. Nun erklärten sich wiederum beide Firmen solidarisch, und konnten die in ihrem Verlag erscheinenden Zeitungen, die eine Auflage von einigen hunderttausend umfassen, nicht erscheinen.

Über den sachlichen Inhalt der Tarifentscheidung (sie drehte sich in der Hauptfrage um die Arbeitszeit, gestattete auch der Firma, zwei Vertrauensmänner der Organisation, die nicht korrekt im Sinne des Tariffs gehandelt haben sollten, zu entlassen, was diese auch tat) kann man verschiedener Meinung sein. Sie hat, offen gestanden, auch uns nicht gefallen. Aber darum hatten die Maschinenmeister kein Recht, die Arbeit zu verweigern, sie durften nur auf legalem Wege, wie ihn der Tarif vorschreibt, eine Abwendung anstreben. Sie wählten das erste, und darum der Tarifbruch.

Für den sozialdemokratischen Buchdruckerverband war das keine angenehme Situation. Der Ruf seiner Partei stand auf dem Spiel. Es handelte sich ferner um einen sehr gefährlichen Präzedenzfall. Im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung des Buchdruckertarifs von besonderer Bedeutung. Gegenüber dem inneren Missbehagen seiner Mitglieder mit dem Tarifentscheid, der den Konflikt veranlaßte, galt es um eine starke Prüfung auf die Verbändiszziplin. Dazu traten außerhalb liegende, aber nicht minder wichtige Momente: die sozialdemokratische Erziehung seiner Mitglieder, insbesondere der radikale sozialdemokratische Flügel und die diesem dienende Parteipresse.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes griff scharf zu. Die Streikenden, die der Aufforderung zur Arbeitsaufnahme nicht nachkamen, wurden kurzerhand ausgeschlossen. Eine Gauleiterkonferenz erklärte in einer Resolution die Maßnahmen des Hauptvorstandes für gut. Den im Lande sich anschickenden Protest gegen seine Maßnahmen erschütterte er mit der Drohung unmachlicher Auschusses. Der Aufforderung, sein Amt niederzulegen, wurde er nicht nachkommen, da er von der Generalversammlung des Verbandes für die Zeit bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung mit der Wahrung des Verbandes nach allen Richtungen hin betraut worden sei.

Warum diese äußerst scharfen und auffälligen Maßnahmen? Mögen sie immerhin von den bevorstehenden Tarifverhandlungen beeinflußt worden sein, so war sich der Vorstand des Buchdruckerverbandes jedenfalls klar darüber, daß es hier einen Angriff auf die Tarifgemeinschaft überhaupt abzuwehren galt. Er ist sich bewußt, daß in seinen eigenen Reihen viele Feinde des heutigen straffen Tarifverhältnisses sich befinden, daß diese, soweit sie nicht selbst in radikal sozialdemokratischen Ansichten wurzeln, aus diesen Kreisen jederzeit Hilfe zu erwarten haben. Letzteren paßt nun einmal eine solide, ordnungsfestende Tarifpolitik durchaus nicht. Sie vermuten richtig, daß darunter die Kräfte des Klassenkampfes erschlagen. Läßtige Fesseln sind ihnen die Tarifverträge; sie könnten den dröhrenden, revolutionären Massensturm der Arbeiterbataillone hindern. Darum: „Zum Teufel mit den Tarifverträgen“, wie die „Leipziger Volkszeitung“ einst ausrief. Geordnete und südere Verhältnisse sind noch immer von der Sozialdemokratie scheel betrachtet und unsächlich gewürdigt worden, weil eben auf ihrem Boden das Parteiinteresse nur läßig geheiht.

Das Interesse des Buchdruckerverbandes läuft natürlich in anderer Richtung. Neben dem Gewerkschaften. Und wie, dafür gibt die Broschüre der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften gegen Kaufh. über Syphusarbeit (vergebliche Arbeit) einen Unterton. Der Buchdruckerverband muß, nimmt er es ehrlich mit seiner Mission, strikte Disziplin von seinen Mitgliedern fordern. Er muß sich von gewagten Sprüngen, die vielleicht dem roten Parteiinteresse dienen, dem gewerkschaftlichen dagegen schaden, fernhalten. Will er die wirtschaftliche Lage, das moralische und gesellschaftliche Ansehen seiner Mitglieder geben, welches letzten Endes der Zweck aller gewerkschaftlichen Organisationen ist, kann er das nur durch eine stetige und konsequente Tarifpolitik. Da dazu auch der Gegenpartner, der Arbeitgeber, gehört, ist Voraussetzung, daß beide Teile sich als absolut vertragsfähig erweisen. Jede gewerkschaftliche Organisation hat aber auch mit den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen, mit den Arbeitgeberorganisationen und ihren eigenen Leistungsfähigkeit

zu rechnen. Darum ist unbedingte Selbstständigkeit, Fortsetzung in der Vertragsauffassung und deren Einhaltung die Voraussetzung zur wirklichen Interessenvertretung der angeschlossenen Mitglieder. Da der Vorstand des Buchdruckerverbandes diese von innen wie von außen, wenigstens in der Tariffrage, als bedroht ansehen mußte, darum seine Haltung, wie wir sie vor uns sehen.

Wie wir bereits andeuteten, hat das Vorgehen des Buchdruckerverbandsvorstandes in den eigenen Reihen sicherlich Widerspruch erfahren. Dieser kommt in der Hauptfrage aus jenen Kreisen, denen die Tarifpolitik nicht paßt, namentlich von radikal-sozialdemokratischen Parteidrägnern. Schließlich auch von solchen die, sich von falsch verstandenen Solidaritätsgefühlen mit den Ausschließenden treiben ließen. Resolutionen für und gegen den Hauptvorstand wurden gefaßt. Besonderswert ist eine von über 6000 Buchdruckern besuchte Versammlung in der Neuen Welt zu Berlin, die sich in besonders leidenschaftlichen Bahnen bewegte. Die Resolution der Gauleiter zugunsten des Hauptvorstandes wurde verworfen und ein Todesvotum angenommen. Inzwischen ist es ruhiger geworden, aber es glimmt unter der Decke. Es bedarf nur eines Funken, um das Feuer desto schärfer auszulösen zu lassen. Vielleicht hält der Sturm zurück bis nach der Tarifrevision, kann auch während derselben zum Ausbruch kommen, wenn nicht das erreicht wird, was man erhofft. Insofern kann der Zwischenfall von Bedeutung für die Tarifrevision sein. Der See rast und will sein Opfer haben. Die Gründe dafür: Klassenkampf und rote Parteiheze.

Eigenartig war die Haltung der sozialdemokratischen Parteipresse. An ihrem gezeichneten Ton merkte man die unbehagliche Stimmung über den peinlichen Vorfall, dessen Erledigung gar nicht so im Sinne sozialdemokratischer Art lag. Mit einem nassen und einem trockenen Auge, von denen das erste noch eine Felsbinde trug, verurteilte der „Vorwärts“ den Tarifbruch der Maschinenmeister, redete aber dann von „schöner, edler Solidarität“. Andere rote Parteiblätter schlugen auf den Buchdruckerverbandsvorstand draus, und ergriffen für die Tarifuntreue offene Partei. Der „Korrespondent“, das Organ des Buchdruckerverbandes, mußte sich in entschiedenster Weise wehren, und füllte sehr verteidigte Töne gegen die rote Presse an. Auf einmal wurde es ruhig. Und nun folgt das ebenso interessante wie höchst lehrreiche Endspiel.

Die „Bittauer Morgenzeitung“ veröffentlichte in ihrer Nummer vom 13. August folgenden Geheimerlaß des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

„Nicht veröffentlichen! Berlin, den 8. August 1911.
An die Redaktionen der sozialdemokratischen Presse!

Werte Genossen!
Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte die Wichtigkeit, wegen der Beschwerden des Buchdruckerverbandes über einen Teil der Parteipresse im „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ die beiliegende Erklärung zu veröffentlichen.

Da diese Erklärung im Sinne der Mannheimer Resolution die Interessen von Partei und Gewerkschaften berührt, hat die Generalkommission uns hieran vorher verständigt.

Da uns in der gegenwärtigen politischen Situation eine wesentliche Diskussion dieser Be schwerden den Interessen der Arbeiterbewegung nicht förderlich erscheint, haben wir die Generalkommission der Gewerkschaften ersucht, von der Veröffentlichung dieser Erklärung abzusehen und uns erboten, die Parteipresse, daß sie durch Zirkular von der beabsichtigten Erklärung in Kenntnis zu setzen.

Wir haben der Generalkommission der Gewerkschaften gleichzeitig erklärt, daß wir ihre Beschwerde über die gehässige Schreibweise der angezogenen Parteiblätter fördern müssen, um die Parteipresse zu unterstützen. Eine solche Kampfweise widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Mannheimer Resolution, sondern steht auch in schroffem Widerspruch zu dem jener Parteitag beschluß über die Pressefreiheit, in dem der Parteitag gegen eine gehässige, persönlich verachteute Art der Diskussion Einspruch erhob und es weiter heißt:

„Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu sehen ist, das aber selbstverständlich den sachlichen Kritik der weiteste Spielraum gelassen werden muß.“

Wir ersuchen die Redaktionen der Parteipresse, die Senauer Resolutionen bei Polemiken zu beachten.

Mit Parteigrüß!

Der Parteivorsitz.

Die Erklärung der Generalkommission, die diese aus gewerkschaftlichem Interesse zu veröffentlichen gedachte, aus Liebe zu den sozialdemokratischen Parteiinteressen aber niederrückte hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung der Generalkommission.

Die Vorkommen im Berliner Buchdruckergewerbe und die daraus entstandenen Differenzen im Verbande der Deutschen Buchdrucker haben in den letzten Wochen die Parteipresse allgemein beschäftigt. Dabei haben einige Parteiblätter eine Haltung eingenommen, die im schärfsten Gegensatz zu den Beziehungen steht, die ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Partei und Gewerkschaften fördern sollen.

Einige Beispiele mögen hier angeführt werden.

Die „Freie Presse“ in Elbersfeld schreibt: „Wenn die Gauleiterin und der Vorstand aber glauben, daß sie mit dieser Resolution den Frieden im Buchdruckergewerbe wie im Verbande wieder herstellen würden, so irren sie sich gewaltig. Denn bereits gestern abend nahm eine Delegiertenversammlung der Berliner Buchdrucker Stellung zu der Frage. Im übrigen ist der dickenäsigste Ton, in dem die unbekümmerte Kritik der Arbeiterpresse an dem Tarifamtsurteil abgetan wird, sehr charakteristisch. Ein derartiges Schindluder Spiel, wie es die Buchdruckerverbände überbringen mit den Arbeitertreissen getrieben haben, zu brandmarken, wird nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterpresse sein, ganz gleich, ob es den Tariffanatiker recht ist oder nicht. Um so mehr, als der „Fette“ nicht über die Berliner Versammlung, die sich fast einstimmig gegen das Tarifamtsurteil richtete, nichts berichtet hat und die Offenkundigkeit von einer dem Tarifamt entgegengesetzten Ansicht überhaupt nur durch die Arbeiterpresse erfahren konnte.“

Das Solinger Parteiblatt schreibt:

„Der Besluß der Gauleiterkonferenz wird in der ganzen freierorganisierten Arbeiterschaft lebhafte Begegnung und schärfste Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmert den Geist eines unerträglichen Bürokratenabsolutismus, der jede solidarische Handlung der Mitglieder als Verbrechen verbrandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Fetischismus treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, freien und demokratisch verfaßten Arbeitersorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streitbrecherorganisation, die sich als Schuttruppe des Unternehmers fühlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes diesen Besluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit, in der er vor einer neuen Tarifrevision steht, eine schwere innere Krise durchzumachen haben wird, dank dem Unverständ seiner führenden Elementen.“

Neben diesen Schimpferien sollte man in einzelnen Parteorganen eine andere, in der äußeren Form anscheinend sachliche Taktik beobachten, deren Tendenz jedoch keine andere war. Als Beispiel führen wir folgende Aussage der „Essener Arbeiterzeitung“ an:

„Disziplin und Vertreitungsrecht sind notwendige Charaktereigenschaften für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; nichtsdestoweniger sind aber Gewerkschafter nie zu unbescheiden sozialistischer Disziplin zu erziehen, und die Vertreitungsrecht findet ihre natürlichen Verständnisse in der Berufssolidarität, wo die kollektiven Interessen der Arbeiter in Gefahr geraten.“

Das Essener Parteiblatt hätte alle Ursache, in diesem Falle Zurückhaltung zu üben, da es wissen müsste, daß im eigenen Betriebe ähnliche Vorkommen wie in Berlin zu beklagen waren, die zur Amtierung des Tarifamtes führten.

Die Generalkommission erhebt gegen diese Behandlung einer ihr angeschlossenen Organisation entschieden Protest; sie wird genötigt sein, wenn die hier getrennte Kritik in einem Teil der Parteipresse fortgesetzt wird, diejenige Zurückhaltung in der Antwort auf dieses Verhalten aufzugeben, die ihr bisher zur Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses geboten erschien. Es kann nicht Aufgabe der Parteipresse sein, zur Verstärkung der innerhalb einzelner Gewerkschaften entstehenden Differenzen beizutragen. Die Generalkommission erwartet von der Parteipresse, daß sie auch dem Buchdruckerverband gegenüber die Haltung einnimmt, die dem Frieden in der Arbeiterbewegung dient und sich aus den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages ergibt, wonach Partei und Gewerkschaften in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen sind.

Im vorliegenden Falle hätte die Parteipresse aus dem neutralen Verhalten des Dresdener Gewerkschaftskongresses erkennen können, daß es sich um Streitfragen handelt, deren Beurteilung selbst die in der praktischen Gewerkschaftsarbeitslehrenden Kongreßteilnehmer zunächst den Spannen des Buchdruckerverbandes überlassen. Das hätte die Parteipresse umso mehr berücksichtigen müssen, als die Buchdrucker vor einer Tarifrevision stehen. Wenn Parteiorganne in solcher Situation innere Kämpfe leiten würden, so kann das mit die Position der Arbeiter bei den Tarifberatungen schwächen. Die Generalkommission hält sich für verpflichtet, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zunächst zu zeigen, wie ein Teil der Parteipresse den Mannheimer Besluß zur Ausführung zu bringen für gut hält. Sie wird nicht Widerstand nehmen, in der Folge auf welche Auslassungen die Antwort zu geben, die solchen Anrempelen gebührt.

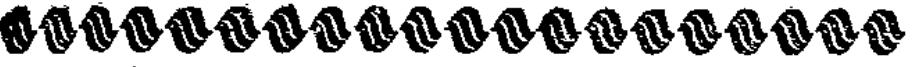
Das ist der unruhige Schlussfolgerung gegenüber einer den Schriftmätern und Tarifeindividuen erwünschten Nebengouvernierung der „freien“ Gewerkschaften. Die Generalkommission macht die Ungelegenheit des Buchdruckerverbandes zu einer solchen aller sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie tut dies in der Überzeugung, gegen ein derartiges arbeiterschädigendes Treiben Front machen zu müssen. Aber dann könnte sie zusammen. Weil wir vor den Reichstagswahlen stehen und das politische Interesse der Sozialdemokratie leider könne, müssen die gewerkschaftlichen Interessen die gewerkschaftlichen Interessen fördern. Keine öffentliche Kritik der „Schimpferien“ der radikalen Parteipresse, noch viel weniger einen endgültigen Schnitt mit diesen Arbeiterschädlingen. Dabei waren diese Angriffe nur ein einziges Glied in einer endlos langen Kette. Und so neues Wasser auf die Wühlen der Schriftmätern und Arbeitseinde.

nal. Arbeitnehmer von den „freien“ Gewerkschaften gegenüber sozialdemokratischer Parteiinteressen gewahrt worden. Sie sind unterlegen wie schon oft. Damit ist auch die Niederlage des Buchdruckerverbandes besiegt.

Die rote Presse aber rümpft über die „überempfindlichen“ „freien“ Gewerkschaftsführer verächtlich die Nase, und gibt ihnen gute Ratschläge für ihr zukünftiges Verhalten. Worauf diese sich zu richten haben, Sie weiß das.



Das dir zu hoch kein Gipfel ist,
Es, las mich's an der Tat erproben!
Statt deine Schwingen mir zu loben,
fliege, so du ein Adler bist.



Die englischen Riesenkämpfe.

England zählt gegenwärtig unter starken sozialen Kämpfen. Gleich einem Streikfeuer ist es über die englischen Arbeiter gekommen, das Hunderttausende in seinen Strudel zieht, und dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Ein Riesenstreik löst den anderen ab. Den Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande sind die Eisenbahner gefolgt, die den Generalstreik über ganz England am 18. August erklärt.

Die äußeren Ursachen sind in der Hauptfache Lohnstreitigkeit. Wie der „Germania“ aus London geschieben wird, haben die Löhne in England in den letzten 25 Jahren weder mit den Lebensmittelpreisen, noch mit dem wirtschaftlichen und industriellen Aufschwung nur einigermaßen Schritt gehalten. In der Zeit von 1895 bis 1900 stiegen die Detailpreise für Lebensmittel auf dem Londoner Markt um 17,9 Prozent, die Löhne dagegen nur um 12,1 Prozent. Von 1900 bis heute stiegen die Lebensmittelpreise um weitere 10 Prozent, die Löhne dagegen liegen nicht. Das bedeutet natürlich eine außergewöhnliche Verschlechterung der Lebensbedingungen der in Frage kommenden Arbeiter.

Das auffällige ist nur der eruptionssartige Ausbruch der Kämpfe. England, das klassische Land der Gewerbevereinsbewegung, sollte doch mit Hilfe seiner gut ausgebauten Gewerkschaften imstande gewesen sein, die Löhne schrittweise zu erhöhen, sie mindestens in gleichem Maße mit den Lebensmittelpreisen zu halten. Das ist leider nicht der Fall, die Gründe dafür sind ebenso beachtenswert wie lehrreich.

Wir erläutern in den englischen Gewerbevereinen sehr oft noch etwas, was sie vielleicht in Wirklichkeit nie gewesen sind. Und wenn wir auch heute noch dies und das von ihnen fordern können, ein gewerkschaftliches Vorbild sind sie längst nicht mehr. Und darin liegt mehr oder weniger der Grund zu der heutigen Erweiterung, die nur ein Glied mehr in der innaren Krise ist, in der sich die englischen Gewerbevereine befinden.

Wir haben in England keine Arbeiterbewegung, die alle Arbeit ansieht. Die Gewerkschaften erfreuen sich in der Hauptfache auf gelehrte Arbeiter, die es auch vermochten, gute Arbeitsbedingungen sich zu verschaffen. Die ungelerten Arbeiter dagegen wurden zurückgeworfen, um sie summerte sich niemand. Die Gewerkschaften schlossen sich von ihnen ab, der Zugang zu den gelehrten Berufen wurde sumptig festgehalten. So bildete sich ein junger Stand, der in erschrocken elenden Schärfnissen lebt, der moralisch und füllig sich auf der untersten Stufe bewegt. Die Gewerkschaften kamen nicht zu der Einsicht, daß die Klügsten diesen gegenüber hätten, daß eine wirkliche Lebung der Arbeiterklasse nur dann möglich ist, wenn alle Arbeiter daran beteiligt sind. Sie befürworteten nicht und nicht und verloren den Sinn für die Rechtswidrigkeiten der veränderten Verhältnisse. Die jüngsten Führer konnten sich dem nicht entziehen, den älteren Führern gegenüber waren sie jedoch mehr oder weniger machtlos. Die Klüge führt inspekto, daß in dem Apparat, der ihrer Interessenvertretung dienen sollte, nicht mehr alles so funktionierte, wie das zuvor möglich und wünschenswert sei. Es traten die Gewerkschaften von selbst in eine Krise, die durch andere Umstände noch vergrößert wurde. Sie ist verständig worden, weil sie für die geistige Weiterbildung ihrer Mitglieder fast alles verantworten. So gibt eine einzige englische Gewerkschaft ein Zeugnis darüber an ihre Mitglieder heraus, klanglebende geistige Fortbildung, die jederzeit Gelegenheit zur Gewerkschaftsaufstellung der jeweiligen Förderung des Tages, hat sich auch immer gerichtet.

Auch andere Ursachen tragen zu den beständigen Kämpfen bei. Es ist nicht richtig, daß das englische Einigungskomitee ja vorzugsweise ausgehend ist eine pure Konsolidiertheit mit ihm ist vorhanden; ja schätzungsweise aufzuhören die Unternehmer seine Reaktionen zu untersuchen.

Das soll sich der „Führer“, der untere Stand Englands. Nach er will wiederum an der Fortifikation der Führer, und er steht dabei alle gewerkschaftlichen Regeln über den Stand. Beispielsweise müssen die Stände aus der Ecke, ein solches Schicksalsgefühl offenbaren. Diese eingeschränkte, ohne sie folgen zu könnten, trocken Disziplin während, gegen diese Stände war nun also ja jedes Durchgang von Erfolg begleitet. Kein Zweig nimmt die Stände eher auf, als das auch für den beständigen Verhandlungserfolg ist. Da das Fortifikationsgefühl die Reaktionen nicht beherrschte, kann man wohl sagen, daß auch andere Stände in eine jetzt sehr starke Lage. Die Reaktion ist alles aufzubauen, um die Stände auf die beständigen Ziele beizulegen. Zum Teil ist es ihr gelungen, die beständigen Stände zu eindringen.

Die beständige Fehlheit war der Generalstreik der Eisenbahnarbeiter. Beide befinden sich vorzugsweise in einer beständigen Kette, der nach bis zum einen beständigen Kette, der beständig die Arbeit behaupten, die Eisenbahnarbeiter haben sie angegriffen. Beide legten es auch an, mit den Bediensteten der Eisenbahnarbeiter zu unterhandeln. Darauf folgte die Errichtung des Generalkomites, der auf das

englische Wirtschaftsleben von ungeheuerer einschneidender Bedeutung werden konnte. Hunderttausende Arbeiter anderer Berufe standen bereits vor der Arbeitslosigkeit. Dauerte der Streik längere Zeit an, mußte alles zum Stillstand kommen. Die Bemühungen der Regierung um Herbeiführung einer Einigung waren zum Glück erfolgreich, so daß der Generalstreik wieder aufgehoben werden konnte.

Nun haben die deutschen Zeitungen von vielen Gewalttätigkeiten der Streikenden geschrieben. Auch jetzt ist das noch der Fall. Wie Eingeweihte und Augenzeugen behaupten, ist das nicht richtig. Gewiß sind Ausschreitungen vorgekommen, diese wurden aber fast nur vom Mob, der namentlich in Liverpool eine größere Rolle als anderes spielt, begangen. Es gab Zusammenstöße mit der Polizei und dem requirierten Militär. Ausschreitungen sind immer zu verurteilen, man kann auch über den Eisenbahnerstreik verschiedener Meinung sein. Jedoch ist über Voraussetzung, daß, soll den Eisenbahner das Streikrecht genommen werden, und darauf wird man in England jetzt hinarbeiten, sie vor der Willkür privater Gesellschaften geschützt werden und ist Arbeitsverhältnis auf eine andere Grundlage gestellt wird. Von Augenzeugen wird berichtet, daß die Streikenden eine musterhafte Ordnung und Disziplin bewahrt haben, was um so mehr anzuerkennen ist, da ungeheure Massen unorganisierter Arbeiter an den Streiks beteiligt waren.

Die englische Arbeiterschaft macht somit gegenwärtig einen gewaltshamen Vorgangsprozeß durch, dessen Richtung noch nicht vorauszusehen ist. Zu wünschen bleibt, daß er zu ihren Gunsten ausfällt.

Wo und wie soll das enden?

Man schreibt uns aus Nürnberg:

Raum gehörten die vielen brutalen Terrorismusfälle der heutigen sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände, insbesondere auch des Stoffateurverbandes, verübt an unseren Kollegen, der Vergangenheit an, entfesselt sich die rote Gewalt aus.

Infolge der beispiellosen Roheiten konnten es einige christlich denkende Stoffateure, die bis dahin dem sozialdemokratischen Verband angehörten, nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren, noch länger eine solche Gesellschaft zu unterstützen, die ihre Geisselungsbrüder in solch schmachvoller Weise behandelte.

Unter den Nebengebetenen befand sich auch der Stoffateur B. Er war vier Jahre bei der Firma Süder beschäftigt. Doch kaum hatten die Freiheitsbrüder von seinem Uebertritt erfahren, sollte ihm auch Macht geworden, was rote Freiheit bedeutet. Die „Gedenken“, ganz außer sich, daß anstatt der beabsichtigten Ausrottung der Christlichen ihre Zahl immer größer wurde, versuchten alles, um B. wieder zurückzuholen. Sonderbar oft ließ sich während dieser Zeit der Beamte Egger auf der Arbeitsstelle sehen. Am Dienstag, den 15. August, erschien er wieder, um der roten „Kultur“ ein neues „Kultusblatt“ in den Händen zu stecken. Nachdem er eine Zeitlang mit den Genossen, zu denen auch der Polier gehört, verhandelt, äußerte er zu B.: „Um Detainwillen feiern wir nicht eine halbe Stunde. Bis heute abend bist Du dran.“ Am Abend wurde B., Vater von vier Kindern, entlassen. Die Feder sträubt sich beim Schreiben dieser Worte. Es ist wirklich weit gekommen, daß in einem Rechtsstaat die christlichen Arbeiter in einer solchen Weise tyrannisiert werden können, ohne daß gegen die Schuldigen vorgegangen wird, daß man christlich denkende Arbeiter mit ihren Familien dem Hunger preis gibt, um sie den sozialdemokratischen, umstürzlerischen Bestrebungen gefügt zu machen. Wo bleibt hier die staatlich garantierte persönliche Freiheit? Auch die christlichen Arbeiter glauben Staatsbürgern zu sein, und zwar echte, treue. Wo bleibt ihr Schutz? Sind sie den sozialdemokratischen Roheiten schutzlos preisgegeben?

Und was sagen denn die vielen christlichen Arbeiter, die heute noch in den roten Verbänden sind, zu diesem neuen Schurkenstreik? Sieht ihnen das Blut nicht in den Adern, wo sie sich doch sagen müssen, daß sie mit schuld sind an diesen Taten, daß sie mitgeholfen haben, die christlichen Arbeiter, ihre Geisselungsgezwungen, trotzdem zu machen? Dollen sie sich noch länger zu dieser Schande mißbrauchen lassen? Oft es für sie nicht eine Schmach, unter diesen Umständen noch länger in den sozialdemokratischen Verbänden zu bleiben? Und wie verträgt sich das mit ihrer Gewissenshaft? Sind sie den sozialdemokratischen Roheiten schutzlos preisgegeben?

Und was sagen denn die vielen christlichen Arbeiter, die heute noch in den roten Verbänden sind, zu diesem neuen Schurkenstreik? Sieht ihnen das Blut nicht in den Adern, wo sie sich doch sagen müssen, daß sie mit schuld sind an diesen Taten, daß sie mitgeholfen haben, die christlichen Arbeiter, ihre Geisselungsgezwungen, trotzdem zu machen? Dollen sie sich noch länger zu dieser Schande mißbrauchen lassen? Oft es für sie nicht eine Schmach, unter diesen Umständen noch länger in den sozialdemokratischen Verbänden zu bleiben? Und wie verträgt sich das mit ihrer Gewissenshaft? Sind sie den sozialdemokratischen Roheiten schutzlos preisgegeben?

Den Kollegen B. konnten wir andern Tages wieder in Arbeit bringen. Kollegen! Je mehr der rote Sturm tobt, schließen wir uns um so fester zusammen. Folgen wir dem kleinen Beispiel der gerechtgeleiteten Kollegen, die trotz der großen Feindseligkeit treu blieben. Anerkennung gebührt ihnen und allen inneren wahren Kämpfern.

Wenn kein Sturm auch hier und da ein weites Blatt zum Opfer fällt, das kann uns nicht beirren. Über Hundert sind wir im Sturm gewachsen. Noch größere müssen wir werden. Stärken wir die Reihen auf der ganzen Linie. Mit vernichteter Kraft voran.

Kam d. Red. Trotz dieser Schauspielfesten hat die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Nr. 191 vom 19. August gegenüber einem Bandesleiter des Kollegen Konrad vom Deutschen Metallarbeiterverband zu Nürnberg, daß ausfordert, alle Terrorismusfälle zu jammern und mit beweismaterial zu belegen, da die „Genossen“ bei allen Jahren „... handle sich um „Ausnahmen“ oder um „persönliche Streithölle“, o. Ä. zu behaupten:

Niemands ist zu Gehör gekommen, daß in Nürnberg sogenannte „Terrorismusfälle“ vorkommen, und da

müssen die Oberchristen nachhelfen. Denunziations- und Verleumdungsfucht müssen angefeuert werden, um das nötige „Material“ für die Scharfmacher zu bekommen. Eine feine Gesellschaft!

Das alte Lied!

Wer liefert den Scharfmachern das Material? Diejenigen, die terrorisieren, oder diejenigen, die sich dagegen wehren? Wir können uns bald kaum mehr der Einsicht verschließen, an die Gesetzgebung um erhöhte Schutz der persönlichen Freiheit und der Organisationsfreiheit appellieren zu müssen.

Rundschau.

Kronzeugen der Scharfmacher und Angestellte der Scharfmacher und Ausdeuter — so lautet die neueste Formel, auf die das Hygrometer der sozialdemokratischen Presse gegen die christlichen Gewerkschaften zeigt. Die Wechselwirkung in der Form muß es machen, der Inhalt; die Verdächtigung der christlichen Arbeitgeber ist dieselbe geblieben seit der berüchtigten sozialdemokratischen Parole: Die (christlichen) Massen streicheln und die Füße vor der Taube treten! Warum nun der neue Reim auf den alten Text? Angeblich soll Dr. Tänzer von der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverband auf einer Arbeitgeberversammlung zu dem Themen „Terrorismus der klassenkämpferischen Gewerkschaften“ gesagt haben:

„Wir ist persönlich von Führern und Arbeitern anderer Gewerkschaften, speziell der christlichen, eine Fülle von Tatsachen vorgebracht worden, die man einfach für unglaublich hält.“

Das ist ersichtlicherweise eine sehr allgemein gehaltene Behauptung, die sich in dieser unverbindlichen Fassung kaum kontrollieren läßt. Dazu bedürfte es schon genauerer Angaben des Herrn Tänzer. Was aber die Sache selbst anbelangt, so läuft die Sozialdemokratie besser daran, sich nicht allzu sehr in diese Schießlinie zu stellen. Der Augenblick könnte hier unter Umständen allzu leicht werden. Warum sorgt übrigens die Sozialdemokratie nicht dafür, daß den „Scharfmachern“ kein „Material“ geliefert werden kann? Das ewige „Halstet den Dieb“ in dieser Sache klingt überaus verdächtig. Es beweist eben, daß man sich nicht rein fühlt und deswegen die Aufmerksamkeit von sich absenkt will. Zu einem manhaftesten Appell an die eigene Gefolgschaft, Arbeitenden nicht mit den Mitteln des Faustrechts „belehren“ zu wollen — zu einem solchen Appell reicht ancheinend weder der moralische Mut noch die Autorität innerhalb der Sozialdemokratie.

Gegen die unzuverlässigen Bauunternehmer Berlins geht der Polizeipräsident von Berlin scharf vor. So ist jetzt wiederum auf Antrag des Polizeipräsidiums durch rechtskräftige Entscheidung des Bezirksausschusses den drei Bauunternehmern bzw. Technikern Johann, Richard und Friedrich Ammendorf in der Blumenstraße 6 zu Berlin sowie dem Zimmermeister Julius Chojnicki in der Zellerstraße 2 auf Grund des § 35 der Reichsgewerbeordnung der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter sowie der Betrieb einzelner Zweige des Baugeschäfts untersagt worden.

Der Streik der Poliere in Wien ist mit vollem Erfolg nach kaum zweitägiger Dauer beendet worden. Die Poliere erhalten somit einen Wochenlohn von 70 Kronen, die Bizepoliere 50 und die Bauschreiber 40 Kronen. Der Erfolg wurde dadurch ermöglicht, daß sich die Maurer mit den Polieren solidarisch erklären und Wien gegenwärtig eine sehr gute Konjunktur hat.

Der 8. Bundestag der deutschen Zimmermeister fand am 15. August in Köln statt. Reichstagsabgeordneter Trümpler hielt ein Referat über die Reichsversicherungsordnung und erläuterte besonders die das Handwerk angehörenden Bestimmungen. Ferner beschäftigte sich der Bundestag mit der Sicherung der Bausförderungen, der Aufhebung des § 100 q der Reichsgewerbeordnung, der Stempelsteuer bei den Bauverträgen, mit den Bauschulen, die weniger als fünf Semester haben, sowie mit der Feuergefährlichkeit der Holzbauten. Durch eine Brandprobe soll dargetan werden, daß diese nicht so feuergefährlich sind, wie von den Behörden angenommen wird, und die datum vorwiegend Betonbauten vorzuschreiben. Der Vorsitzende des Cölner Arbeitgeberbundes f. d. B. Herr Thiemann referierte über die Erfahrungen mit den neuen Tarifverträgen. Er konstatierte, daß diese sich gut bewährt haben.

Eine bemerkenswerte Feststellung wurde auf dem am 13. August und folgenden Tage in Hamburg stattgefunden Mietertag der Malermeister Deutlands gemacht. Beflankt wurde es mit der freien Malerhilfsorganisation. Deutlich hielten ein Referat über die Reichsversicherungsordnung und erläuterte besonders die das Handwerk angehörenden Bestimmungen. Ferner beschäftigte sich der Bundestag mit der Sicherung der Bausförderungen, der Aufhebung des § 100 q der Reichsgewerbeordnung, der Stempelsteuer bei den Bauverträgen, mit den Bauschulen, die weniger als fünf Semester haben, sowie mit der Feuergefährlichkeit der Holzbauten. Durch eine Brandprobe soll dargetan werden, daß diese nicht so feuergefährlich sind, wie von den Behörden angenommen wird, und die datum vorwiegend Betonbauten vorzuschreiben. Der Vorsitzende des Cölner Arbeitgeberbundes f. d. B. Herr Thiemann referierte über die Erfahrungen mit den neuen Tarifverträgen. Er konstatierte, daß diese sich gut bewährt haben.

Die durch Dundernden Gewerkschaften und die christlichen Malerhilfsorganisationen standen auf Seiten der Meister, anders wäre es mit der freien Malerhilfsorganisation. Dort seien die Meinungen geteilt. In erster Linie betrachte diese Organisation den § 10 als Sache der Meister. Eine Unterstützung sei nur soweit zulässig, als es das gewerkschaftliche Prinzip zuläßt. Dieses Prinzip spielt aber nicht nur im politischen Gebiete hinüber. Danach sei es Taktik der Malerhilfsorganisation, den Meister nicht zu stärken, sondern immer zu schwächen zu versuchen. Die Bauschulen stehen auch immer noch auf dem Standpunkt, daß es besser gewesen wäre, den Vertrag nicht einzugehen. Sie weigerten sich zum größten Teil, wenn eine Sperre über einen Meister verhängt wird, sie durchzuführen. Es müßte deshalb oft das Haupttarifamt angerufen werden. Aber auch dann verjährten sie dem Spruch auszweichen, indem sie die Zuständigkeit des Haupttarifamtes anzweisen, und mit allen Schülern die Durcharbeitung zu hinterstreiten verlangten.

Das ist gewiß bemerkenswert, und trotzdem streng logisch. Die auf dem Boden des Klassekampfes stehenden „freien“ Gewerkschaften müssen auf den Untergang des Unternehmens bestehen, jede wirtschaftliche Stützung deselben, wie sie sich sich besonders aus dem genannten Paragraph ergibt, ist ihren Interessen zuwider und müssen sie bekämpfen. Hier wird's den Unternehmern praktisch demonstriert, was viele von ihnen nicht glauben wollten. Die christlichen Gewerkschaften wollen eine allgemeine Gefürdung im Wirtschaftsleben und einen beiden Teilen förderlichen und zuständigstellenden Ausgleich herbeiführen. Das liegt nicht nur im Interesse aller Beteiligten, sondern ist auch billig und gerecht. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Abgelehnte Verschmelzung. Entsprechend einem Generalversammlungsbeschluß hat der sozialdemokratische Dachdeckerverband eine Urabstimmung über eine Verschmelzung mit dem

Bauarbeiterverbande gleicher Richtung vorgenommen. Die Verschmelzung wurde abgelehnt. Insgesamt 4778 Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung, wovon 3430 dagegen und 1327 dafür stimmten. Das ist bereits die zweite ablehnende Abstimmung. Die „Bauarbeiterzählung“ bewirkt dazu, trotz allerlei mifte einmal die Verschmelzung können.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gespielt sind: **Hofstmar** (Streit der Maurer), **Düsseldorf**, die Firma **Zensen** für Zimmerer, **Berlin** (Dachdecker) die Firma **Ullhauß**, **Aderkla**, **Eisen** (Fiesenleger) Sperrre über die **Essener Baumaterialien**, **Betriebsgesellschaft Bangs u. Comp.** **Cöln**, für Plattenleger die **Zwischenmeister Geschken**, **Tirschenreuth** (Streit der Zimmerer), **Wittenbrück** (Streit der Zimmerer), **Lüdinghausen** (Streit der Maurer und Bauhelferarbeiter), **Fischbach**, **Wetzlar** (Sperrre über den dortigen Kirchenneubau), **Gelsenkirchen** (Fiesenleger), Sperrre über die Firma **Stolze** wegen Rücksichtnahmen des Tarifs), **Duisburg**, **Fiesenleger** (Sperrre über den dortigen Kirchenneubau). Zugang ist fernzuhalten.

Gladbeck. (Stukkateure.) Nach jahrelanger intensiver Agitation ist es uns gelungen, die Stukkateure in Gladbeck für unsere Organisation zu gewinnen. Der im vorigen Jahre für das Ruhrgebiet abgeschlossene Tarifvertrag erstreckt sich auch über das hiesige Gebiet. Da aber die Stukkateure zum größten Teil der Organisation fernstanden, störten sich auch die Arbeitgeber nicht an den Vertrag. Die Höhe und Arbeitspreise wurden nach Willkür festgesetzt. So kam es, daß Stundenlohn von 60–65 Pfennig gezahlt wurden, anstatt tarifmäßig 71 Pf. Die Arbeitspreise standen 20–30 Prozent unter Tarif. Erst als wir in diesem Frühjahr erneut mit voller Kraft in die Agitation einsetzten, ging man von Seiten der einzelnen Unternehmern dazu über, höhere Löhne zu zahlen, um dadurch die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Die Agitation wurde dadurch bedeutend erschwert. Auch sonstige Schwierigkeiten aller Art wurden uns in den Weg gelegt, mancher Kollege mußte das Arbeitsverhältnis verlassen, um anderswo seine Existenz zu suchen. Der Erfolg ist daher um so größer, indem wir heute die Gladbecker Stukkateure, nur mit wenigen Ausnahmen, in der Organisation vereinigt sehen. Die erste Aufgabe war nun, den Vertrag zur Anerkennung zu bringen. Kollege Kreß leitete die Verhandlungen mit den Unternehmern ein. Die erste Verhandlung fand am 3. August statt, an dieser nahmen untermits die gewählte Kommission, Kollege Kreß und Bezirksleiter Kollege Häuslein teil, von den Unternehmern die Firmen Stein u. Gödel und Müller, die Firma Gebr. Schleifer hielt es noch nicht für notwendig, zu erscheinen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die anwesenden Unternehmer den Vertrag anerkennen, was in einem Protokoll niedergelegt und von den Anwesenden unterzeichnet wurde. Die Vertreter der Arbeiter verständeten sich, alles daran zu setzen, den Vertrag in allen Stuckgeschäften zur Durchführung zu bringen. Da Kollege Kreß mit der Firma Gebr. Schl. infolge der Agitation auf gespanntem Fuße stand, wurde Kollege Häuslein beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden. Die Verhandlungen führten dazu, daß sich die Firma eine Bedenkzeit von zwei Tagen erbat, um uns einen endgültigen Bescheid zugehen zu lassen. Da die Antwort für uns nicht befriedigend war, beschloß eine außerordentliche Versammlung, bis zum 14. August zu warten, um, wie in dem Schreiben der Firma angegeben war, ihr Zeit zu lassen, Rücksprache mit dem Arbeitgeberbund zu nehmen. Sollte aber der Vertrag bis dahin nicht anerkannt sein, sich die Anerkennung zu erzwingen. Diese Zeit benutzte nun die Firma, die Stukkateure zu überreden, der Organisation fernzubleiben, was aber nicht gelang. Die Kollegen haben eingesehen, daß nur die Organisation helfend eingreifen kann. Die Firma nahm daher gezwungen, den Vertrag am 15. August dem Kollegen Koch zu unterschreiben. Kollegen! Nun liegt es an uns, daß der Vertrag auch in allen Punkten durchgeführt wird. Dazu gehört aber eine straffe Organisation. Halten wir daher fest an derselben, sorgen wir dafür, daß die wenigen uns noch fernstehenden Kollegen gewonnen werden. Die Parole lautet für uns: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Bezirk Greslau.

Steinam a. Ober. Nach langerer Vorarbeit war es unserer Organisation möglich, vor einigen Monaten am hiesigen Orte Fuß zu fassen. Einige Versammlungen, die hier tagten, brachten der Organisation einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs. Es wurde dann seitens der Kollegen beantragt, dahin zu wirken, auch am hiesigen Orte einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Lohnforderungen wurden in einigen Sitzungen resp. Versammlungen beraten und wurden den Arbeitgebern unterbreitet. Anfangs verhielten sich die Arbeitgeber zwar ablehnend, jedoch war es durch das Eingreifen unseres Bezirksleiters möglich, für den Kreis Steinam einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Vertrag bietet für die hiesige Kollegenschaft einen wesentlichen Vorteil. Es steigt z. B. der Stundenlohn sofort um 2 Pf. und im nächsten Frühjahr wiederum um 2 Pf. Dergleichen beträgt die Arbeitszeit ab 1. April 1912 10 Stunden. Es ist dies ein lange ersehnter Wunsch der Steinamer Kollegen und wäre nun zu erwünschen, daß auch die noch fernstehenden sich bald der Organisation anschließen, damit auch in Zukunft an der Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen weiter gearbeitet werden kann.

Wohltau i. Schl. Die Organisationsverhältnisse lagen im hiesigen Kreise längere Zeit arg daneben, jedoch sind auch die hiesigen Kollegen durch die allgemeine Bauarbeiterbewegung etwas aufgeweckt und schlossen sich im Laufe des Frühjahrs zahlreich unserer Organisation an. Der Stundenlohn betrug im hiesigen Kreise noch 31–32 Pf. für Geleiter. Durch das Eingreifen unserer Organisation ist der Stundenlohn bis auf 36 Pf. für dieses Jahr gestiegen. Auch haben mit den Arbeitgebern Verhandlungen stattgefunden zwecks Abschließung eines Vertrages. Da jedoch eine vollständige Einigung noch nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen am 1½–2 Monate vertagt. Die Arbeitgeber haben aber das erste Versprechen gegeben, einen Tarifvertrag abzuschließen und auch eine weitere Lohnzulage zu gewähren. Die Kollegen, die bereits schon zu einem Teil die Kündigung eingereicht hatten, haben auf dieses Versprechen hin die Kündigung zurückgezogen und erwarten nun, daß auch in der nächsten Zeit für Wohltau ein Tarifvertrag zustande kommt. Aufgabe der organisierten Kollegen wird es sein, die der Organisation Fernstehenden über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aufzuklären, damit auch diese uns bei den nächsten Tarifberatungen treu zur Seite stehen. Möge daher jeder Kollege sich seiner Aufgabe bewußt sein, damit auch endlich für Wohltau bessere Verhältnisse geschaffen werden können, denn vereinzelt sind wir nichts, aber vereint alles.

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 27. August, der sechsundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Altötting. (Christlicher Terrorismus.) In Nr. 29 der „Baugewerkschaft“ ist unter der gleichen Stichmarke eine der

Wahrheit zuwiderrausende sozialistische Darstellung, die unter anderem auch den „Grundstein“ Nr. 26 zitierte, von ihrer Seite gezeigt worden. Deren etwas deutliche Bezeichnung hat einen „Genossen“, der anscheinend die Lohnbewegung in Altötting mißgönnt, aber deren Verlauf jedenfalls eine Art Sinnesänderung bei ihm erzeugt hat, mächtig empört. Zu dieser Gesetzesversetzung wütet er im „Grundstein“ Nr. 29; wobei er jedoch vermeidet, auf unsere bestimmten Anfragen: ob die lgl. bayrische Sozialdemokratie, die mit ihrer schlechtesten Landagitation nur Halsketten erzieht, die bei der nächstbesten prinzipsiellen Auseinandersetzung, wie in Altötting, zusammenklappen, noch obendrein verlangen will, daß ihr dabei die Christlichen aufstellen und Solidarität üben, wie das der „Grundstein“ wollte; des weiteren: ob auf sozialdemokratischen Neubauten überhaupt christlich organisierte Bauarbeiter geduldet werden, einzugehen. Dabei begnügt er sich nach echter Genossenart mit Kraftsprüchen, wie: „Sie liegen wie die Teufel und schwärzeln aus Prinzip“, und merkt gar nicht, daß er damit nicht unser, sondern seiner selbst spottet. Zum Beweis dessen einige Daten. In Nr. 23 und 29 der „Baugewerkschaft“ haben wir auf das vermittelnde Eingreifen und redliche Bemühungen der Herren Regierungsrat Wirth und Bürgermeister Klinghammer, die Lohnbewegung friedlich und erfolgreich zu beenden, anerkannt hervorgehoben. Trotzdem bringt es der „Grundstein“ Hintermann fertig, es so hinzu stellen: die Christlichen hätten diesen beiden Herren die Rolle des Schämens wegen ihrer Vermittlung zugedacht. Höher geht's immer, aber der dabei von den „christlichen Genossen“ beabsichtigte Zweck ist, wie das bei lgl. bayrischen Genossenführern wiederholt zu beobachten war, die Christlichen bei den Behörden zu denunzieren. Um allermeiste scheinen den roten Artikelabschluß unserer wiederholten Zeitschriften, dem Vater Guardian sei es zunächst zu ver danken, daß die Lohnbewegung den bestreitbaren Verlauf genommen hat, was auch von den „freigemeinschaftlichen“ Bauarbeitern anerkannt worden ist, zu fränen. Aber Tatsachen sind, die können wohl von den Menschen eine Zeitlang gelegnet werden, aber in einem näheren Augenblick müssen sie deren Vorhandensein doch zugeben, so auch der „Grundstein“-Schreiber, wenn vielleicht auch ungewollt. Hierfür Beweise in dem zur Stelle stehenden „Grundstein“-Artikel. Derselbe sagt eingangs: „Es sei hier festgestellt, daß hingegen Guardian den Vertretern des „freien“, wie auch des christlichen Verbands jedes Entgegenkommen verweigerte“, und zwanzig Zeilen weiter unten läßt er sich folgendermaßen vernehmen: „Um sich als Arbeiterschule zu führen, gestatteten Hochmütten (Vater Guardian, D. R.) dem Unternehmer, unsere Forderungen zu beurteilen, ...“. Sind das nicht Widersprüche, die dem Motto: „Sie liegen wie die Teufel und schwärzeln aus Prinzip“ alle Ehre machen? Leichtlich steht es mit der roten Behauptung: „als vom katholischen Arbeiterverein Brauau genügend Erfolg herangezogen war, zog der gleiche Mann (Vater Guardian) die Hungerpeitsche unter seinem Habit herum und ließ sie lustig auf die Köpfe unserer Kollegen herabstauen“. Hat denn der Artikelabschluß schon vergessen, daß die Brauauer Maurer (Österreicher) vor Beginn des Streites zahlreicher bei dem Kirchenneubau beschäftigt waren, als nach Beendigung desselben? Weiß der selbe nicht mehr, daß sich auch die rote Lohnkommission darüber klar war, daß, wenn sich die österreichischen Maurer nicht solidarisch mit den Altöttingern erläutern, an einem Kampf nicht gedacht werden kann? Schämt er sich vielleicht, zu gestehen, daß von den ehemaligen roten Brüdern am Kirchenneubau der größte Teil zu unserem Verbande übergetreten ist, so daß „freunde hilfe“ gar nicht nötig war? Des weiteren sei festgestellt, daß nicht neun Maurer, wie der „Grundstein“ behauptet, sondern drei entlassen wurden. Von welchem Schlag die selben waren, wollen wir hier nicht näher anführen; darüber könnte vielleicht eine Gerichtsverhandlung vom 7. August in Altötting nähere Auskunft geben. Die weitere Behauptung, der christliche Vertreter Brüder habe sich ohne Wissen der „freien“ Vertreter in die Klosterzelle des Guardians begeben und mit diesem verhandelt, wobei er von den „freien“ Kollegen beobachtet und von diesen deswegen zur Stelle gestellt worden sei, ist in ihren Schlusfolgerungen eine offenkundige Lüge. Wahr ist, daß Br. mit Vater Guardian eine unverbindliche Aussprache ge pflogen, die in ihrem weiteren Verlauf zur Einigung führte. Wahr ist ferner, daß Br. auf dem Rückweg von der Beipreisung mit Vater Guardian an einer Stelle zu dem „freien“ Gauleiter Hartl kam, wo denselbe nicht mehr unterscheiden konnte, wo der Ursprung des Vertrittens Br. gelegen hat. Bei dieser Begegnung hat es nicht lange eines Zutreffestellens bedurft, denn Br. hat aus freiem Antriebe dem Hartl von dem Vortag gesafsten Mitteilung gemacht. Welches Münzenpiel Hartl hierbei machte, der froh war, daß der Ausgang der Bewegung nahe bevorstand, wollen wir zu schließen unterlassen. Wenn jetzt die „Zielbewußten“ an dieser „christlichen Vermittlung“ Anstoß nehmen, so wird das komisch. Darum haben dieselben deren Reaktion feindseligemunzus angenommen, wo sie doch die Mehrzahl der Streitenden hatten, und somit dessen Ablehnung hätten herbeiführen können. Jedoch, weil den „Genossen“-Kämpfern, wie schon oft, so auch hier, die Christlichen angehende Vorpannionen leisteten. Mit vorliegenden Feststellungen ist wieder einmal ein rotes Sumpfmanöver bloßgezeigt worden, das wir anfangs zu einem gerichtlichen Maßnahmen bringen wollten; aber der alte Grundatz: „Wer Schnupf angreift, befindet sich“, hat uns davon zurückgehalten. Wir wollen diese roten Strategen, die die Wahrheit derart strangulieren, in ihrer moralischen Verlumptheit weiter vegetieren lassen, sie werden daran zugrunde gehen.

Singen. Eine wohlverdiente Rüchtigung erhielt in einer am 6. August hier stattgefindenen öffentlichen Versammlung der Gauleiter Lankau vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband. Derselbe hatte hier in einer öffentlichen Versammlung mit lauter Verleumdung gegen die christlichen Gewerkschaften und deren Führer gearbeitet, sowie nachher noch „Genossen“-mänter im „Grundstein“ die Vorgänge in dieser Versammlung direkt angezogen. Dieserhalb war derselbe per Einschreibebrief zu obiger Versammlung eingeladen, sowie ihn dieselbe Redezzeit wie unserem Referenten zugewiesen, gleichzeitig, daß er nicht niedergebrüllt würde, wie dies seine Anhänger unserm Redner gegenüber gemacht hätten. Und die Antwort? — Lankau schreibt, daß er am 1. August seine Ferien antrete!! — und daher leider!! — (Wer lädt da?) nicht antworten sein könne; wir möchten die Versammlung auf den 20. August verschieben. (O Jan, was bist du „geizig“ und f...). D. R.) Als Kollege Julius Lanzetzel dies Verhalten in einem weiteren Briefe richtig charakterisierte, wippte Jan in die Höhe und schrieb auf einer Karte spinnengleich und in Zügen höchster Entrüstung zurück, daß er infolge des recht flagelhaften Ton es unter seiner Würde (An, auf) halte, auf den Sitzplatz einzugehen. Die Versammlung, der von dem Briefwechsel Kenntnis gegeben wurde, war jedoch der Ansicht, daß der Flegel mit dem flagelhaften Ton nicht in Lingen, sondern in Bremen wäre. Kollege Müller-Münster behandelte nach Kenntzeichnung dieser Vorgänge das Thema „Sozialdemokratische oder christliche Gewerkschaften und was ist Wahrheit?“ Er zeichnete dabei ein Bild von den wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten 40 Jahren, und untersuchte darin, wo die Schuldigen säßen. Warum die deutsche Arbeiterschaft in verschiedenen Gewerkschaftsbewegungen und nicht einheitlich organisiert sei. Er kam zu dem Ergebnis, daß von „Erfahrung“ anderer als sozialdemokratischer Gewerkschaften weder in politischer noch religiöser Beziehung bei der ältesten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht im entferntesten gesprochen werden könnte, und daher diese das Verbrechen der Arbeitersplutterung an der deutschen Arbeiterschaft begangen

hätten. Nur dadurch würden die christlichen Arbeiterschaften sich eigene Verbände zu gründen. Zum Schluss ging er noch kurz auf die Zustände im Trier-Berliner Eisenbahnerverband ein, und forderte darin die Anwesenden auf, energisch für die weitere Verstärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten, als Antwort auf die gehässige und verlogene stampfweise sozialdemokratischer Agitatoren. In der daraus folgenden Diskussion meldete sich keiner der Gegner zum Wort. Daraus ging Kollege Kirchner-Eisen auf die durch Lanzenau erhobenen Vorwürfe ein. Er zeigte zunächst, daß derselbe durch seinen Brief sowie durch seine Artikel im „Grundstein“ sich selbst der Verunreinigung der Wahrheit überführt habe. Beweis an Hand von Tatsachenmaterial die Grundlosigkeit der Lanzenau'schen Behauptungen von „Zentrumsgewerkschaften“, „Unternehmergewerkschaften“ usw., und zeigte, daß ungefehrt all die Dinge wohl auf die sozialistischen Verbände zutreffen. Mit einem warmen Appell, nun erst recht für unsere Ideen zu werben, schloß er. Beide Referate wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch jetzt meldete sich kein Gegner zum Wort. Eine Resolution mit nachstehendem Wortlaut wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in Lingen im Hotel Stave stattfindende, vom christlichen Gewerkschafts-Kartell einberufene, gut besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie protestiert ganz entschieden gegen die gemachten Ausführungen und Verleumdungen des sozialdemokratischen Gauleiters Lankau-Bremen am 28. Mai 1911 im Hotel Gronometer und weist entschieden die gemachten Vorwürfe zurück, weil sie jeder tatsächlichen Unterlage entbehren. Das Nichterscheinen des Herrn Lanzenau bestätigt seine Freiheit, die dahin geht, wohl in sozialdemokratischen Versammlungen gegen die christlichen Verbände Verbödungen zu schleudern, aber nicht den Mut besitzt, in christlichen Versammlungen sie dann zu beweisen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Organisation die zuverlässige Beiträger der Interessen der Arbeiter ist und jeder Arbeiter im eigenen Interesse der Organisation beitreten sollte. Die Organisation muß frei sein von politischer Bevorzugung und auch auf durchaus national-christlichem Boden stehen. Als solche Organisation kann nur die christliche Gewerkschaft in Frage kommen, die sich während einer fast 15jährigen Betätigung als beste Vertretung in praktischer Beziehung gezeigt hat. Die Versammlung verspricht, mit allen Kräften für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten.“

Hierfür stimmten sämtliche sozialdemokratischen Bauarbeiter, selbst der Führer des Zweigvereins Lingen, Ottomann, sowie die Mitglieder des Trier-Berliner Eisenbahnerverbandes. Dies stellte Kollege Müller in seinem Schlusswort unter dem Beifall der Versammlung fest, und daß somit Lanzenau selbst von seinen eigenen Mitgliedern richtig erkannt und abgeschüttelt worden wäre. (Jan, unser herzigstes Beileid!) Damit sei derselbe für uns abgetan, und jeder würde ihn in Zukunft richtig einschätzen. Damit gab er noch einige Proben der angeblichen Neutralität des Trier-Berliner Eisenbahnerverbandes und schloß mit einem Hoch auf die christliche Arbeiterschaft, in das außer den christlichen Arbeitern auch eine Anzahl sozialistischer Arbeiter begeistert einstimmt. Mit einer nochmaligen Erinnerung an die Anwesenden schloß Kollege Lanzetzel die denkfürdige und für unsere Sache so glänzend verlaufene Versammlung, deren praktischer Erfolg darin bestand, daß sofort einige Buchdrucker ihren Beitrag zum Gutenbergbund erklärten und des Montags eine ganze Kolonne aus dem Trier-Berliner Eisenbahnerverband austreten und sich dem christlich-nationalen Erfolgsverband Eisenbahnerverband anschließen. Vorwärts nun, Kollegen, zu neuer begeisterter Agitation für unseren Verband.

Reinstadt (Westpr.). Mit dem Auftauchen der Verwaltungssessel Danzig ist auch die Agitationslaut gewachsen. So wurde legtens der Beifall gefaßt, unsere Kollegen in Neustadt in der Agitation zu unterstützen. Es war nicht unklarer Egoismus, der uns trieb, sondern einzig allein der Umstand, daß die für den Verband in Reinstadt tätigen Kollegen der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sind, wie folgende schmähliche Zeugung eines Unorganisierten einem Arbeitgeber gegenüber beweisen möge. Es war im Frühjahr, die Arbeitsgelegenheit noch sehr gering und somit ein Zeil der Bauarbeiter ohne Beschäftigung. Die Unorganisierten gingen nun zu dem Unternehmer, batzen diesen um Beschäftigung, indem sie erklärten: „Die Organisierten, die Ihr Geschäft zugrunde richten wollen, die beschäftigen Sie, uns aber, die wir unorganisiert sind, nehmen Sie nicht.“ Das dieses nichts fruchtete, ist nur der verunsicherte Ansicht des betreffenden Arbeitgebers zuzuschreiben. Schon frühzeitig machten wir uns von Danzig auf, um mit der Bahnhof Neustadt zu erreichen. Wir streiften durch die Stadt, und so mancher Anblick zeigte uns, wie ein großer Teil der Arbeiterschaft noch sehr wenig von der Kultur berührt worden ist. Wir erreichten den Markt, der auf der einen Seite von der katholischen Kirche, auf der zweiten vom Rathaus, auf den übrigen Seiten und neben Kirche und Rathaus von einer Menge gewöhnlicher und mittelmäßiger Krempen umgrenzt ist. Einige bekannte Kollegen wollten uns bei der Hausagitation unterstützen, aber es war nicht nötig, nach den Wohnumgängen der Unorganisierten zu gehen; diese sind ziemlich alle auf dem Markt oder in den Geschäften. Wir suchten uns einige Indifferente und ließen uns mit ihnen in ein Gespräch ein, dessen Resultat war: „Wenn wir nach Danzig oder Sopot zur Arbeit müssen, werden wir uns organisieren, hier in Neustadt und Umgegend hat es keinen Zweck.“ Die Leute arbeiten lieber außerhalb Neustadts 12–13 Stunden für einen ganz geringen Lohn, sie gehen zu den Unternehmern und bitteln sich für einen niedrigeren Lohn zur Arbeit an, als daß sie in den Verband gehen und zum für eine gerechte Entlohnung sorgen. Bezeugt für das Verhalten der Bauarbeiter sind die Beurteilungen der Arbeitgeber. J. B. bei den letzten Verhandlungen zur Einführung des neuen Tarifs wurde dem Kollegen Müller-Danzig gefragt: „Wie unzufrieden sind Sie, meine Leute sind zufrieden und wenn Sie noch weniger Lohn bekommen“, oder „Der jetzige Zustand kann so nicht mehr bleiben; wir (Arbeitgeber) werden eine Sitzung einberufen, zu der wir den Herrn Landrat einladen und den Beschuß fassen, daß der Lohn im nächsten Jahre eroduziert wird“; oder „Hier in Neustadt muß es so weit kommen, daß ein jeder Maurer seinen Über und seitlich einen mitbringt“. Mußte es so weit kommen? Hat der Verband denn hier nichts getan? 1903 stand der Lohn für Maurer auf 1,75–2,25 Pf. für Maurer bis 3–4, Arbeiter dementprechend niedriger. Den Bemühungen einiger Kollegen war es gelungen, eine Zuhilfestellung für unsere Verhandlung zu finden. Die Rot und die Hoffnung auf Besserung traten die Bauarbeiter zu einer guten Vereinigung. Die Zeit war günstig, und es gelang eine wesentliche Verbesserung zu erzielen und tariflich festzulegen. Auch die nächsten beiden Tarifabschlüsse brachten erhebliche Fortschritte (5 Pf. zumindest pro Stunde), so daß der Lohn für Zimmerer 44 Pf. für Maurer 46 Pf. für Arbeiter 29 Pf. bei 10stündigem Arbeitszeit erreicht wurde. Dieser gewaltige Aufstieg von 1,75–4,40 Pf. die Verkürzung der Arbeitszeit waren ohne Mühe erworben, bisher konnte dieses nicht gewürdigt werden. Wie sehr trifft es zu, daß das, was man mit Mühe erklungen ist, jetzt gewertet wird. Die Bauarbeiter rütteln die Löhne durch Tarif gesichert und kehren dem Verband den Rücken. Die nun folgende Zeit und ihre Verhandlungen zeigen, wie notwendig eine Organisation ist. Sollen ist ja schon erwähnt worden, wie weit es schon gekommen ist. Sollen sich nicht bald Gewissensbisse einstellen? Die Furcht v. Entlassung oder Niederkunft ist nicht eines Mannes vorstrebend. Sie wirkt beschämend, niederdrückend. Darum, Kollegen von Neustadt, es ist Zeit, dieses weibliche Gefühl von Euch zu werfen.

und sich dem Verbande anzuschließen. Nur die Einigkeit macht stark, und wenn Ihr alle wieder in dem Verbande seid, kann niemand Euch etwas rauben. Bedenkt, daß die Zeiten einste sind. Die Preise für Lebensmittel, Kleidung und Wohnung steigen, Euer Lohn soll aber reduziert werden. Zu keinem noch so kleinen Preis kann so etwas passieren, sagt die Eigenbrödelei, die Plätscherchen, hältst Euch nun und fest zusammen und sei denn, das gut zu machen, was bisher verloren war.

Wie ein losgerissenes Blatt
Treibt es mich nach hier, nach dorthin,
Und ich muß mich treiben lassen;
Durch den Sand, durch Regenlachen
Geht's, und glücklich bin ich, kann ich
Mal ein bisschen Sonne fassen.

Nüdingen, 13. August. In unserer herkömmlichen Monatsversammlung des christlichen Maurerverbandes hatten wir am letzten Sonntag einige recht lehrreiche und erfreuliche Stunden zu verzeichnen. Galt es doch eine beträchtliche Anzahl unserer Mitglieder des christlichen Schneideverbandes von Kissingen zu begrüßen. Trotz der großen Hitze schenkten sie den städtigen Berg nach Nüdingen nicht, um für die christliche Sache zu werben. Es handelt sich nämlich um die Gründung eines Ortskartells von Bad Kissingen und Umgebung, worin sämtliche christlichen Verbände, gleichviel welche Branche, miteinander Führung nehmen sollen. Der Vorsitzende des Ortskartells, Referent Müller, zurzeit in Kissingen, führte in recht anschaulicher und klarer Weise den Zweck und das Ziel des Ortskartells vor Augen. Rührend war es zu hören, wie der Referent selbst durch die gemeine und niedrige Handlungsweise der Sozialisten beinahe um sein Brot gekommen wäre. Eines Tages lief nämlich ein Brief an den Meister, ein mit dem Inhalt, daß, wenn der christlich organisierte Müller in der Werkstatt weiterarbeite, sämtliche Kollegen des sozialistischen, "freien" Verbandes die Arbeit einkesseln würden. Der Meister war verständig genug, um ein solches gemeinsames Vorgehen nicht zu billigen. Das ist die viel gepriesene Freiheit und Brüderlichkeit der Sozialdemokratie! Ein solches Gebaren eilt einen tödlich an! Das geschah zu Kissingen während der Saison 1911! Die Überzeugungsvollen Ausführungen des Referenten fanden keinen Beifall, der Anschluß des christlichen Maurerverbandes wurde einstimmig beschlossen und zugleich die Delegierten gewählt. Von unseren lieben Gästen, die nur während der Saison in Kissingen arbeiteten, wurden uns noch manche interessante Begebenheiten erzählt, die Zeugnis ablegten von dem rohen und ungestümten Treiben der Sozialisten in der Handwerker-Bewegung. Zum Schluß der schönen Versammlung entbot der wackerme Vorsitzende des christlichen Maurerverbandes den lieben Gästen einen herzlichen Dankesgruß mit einem leichten Appell zum Anschluß an die christliche Sache. Die Saat beginnt zu gründen, sie wird ihre Früchte tragen!

Pressath. Eine recht erfolgversprechende Mitgliederversammlung hatte unsere Zunftstelle am 13. August aufzuweisen. Kollege Lang aus Nürnberg erläuterte in seinem Referate die Bedeutung der Tarifverträge für die Arbeiter, die Arbeitgeber und die Volkswirtschaft. Er zeigte, wie der Tarifvertrag das Einkommen des Arbeiters stabilisierte, wie er die Lohnabzüge bei schlechter Konjunktur verhinderte, und welchen Wert es für eine Familie hätte, wenn wenigstens in etwa ein bestimmter Lohn gegeben wäre. Nicht minder bei über der Tarifvertrag auch deshalb von Bedeutung, weil durch ihn die Gleichberechtigung des Arbeiters im Gewerbeleben dokumentiert wurde. Die Bau-, und Arbeitsfreude würde aber dadurch gehoben, was auch wieder zum Vorteile des Arbeitgebers gereichte. Desgleichen würde dieser Tarifvertrag vor unvorhergesehenen Lohnreduzierungen, vor der ihm so häufigen Schmusskonkurrenz und gewalttätige eine längere Frist. Bereits am Tarifvertrag, weil er den Frieden auf bestimmte Zeit besiegte und dadurch, im Gegenzug zu den sonst fortwährenden Streiks und Ausschreitungen, eine glänzende Entwicklung möglich wäre. Nicht über durch es gemacht werden, wie es auf gewisser Seite modern wäre, und noch nach Beispiel förmlich in Nürnberg geschehen sei, daß ein Vertragssatzung vertragsgemäß würde und, z. B. gegen den Tarifvertrag bestimmen. Unterorganisation aus der Arbeitszeit müßtbulden sollte, sondern während kaum acht Tagen 11 Mitglieder des anderen Verbandes um Arbeit und Brot brachte. Solche Ereignisse seien mir dazu angeklagt, den ganzen Arbeitstand als nicht vertragsgemäß in der Leistungsfähigkeit in Frage zu bringen und den Schermauerer Böller auf die Waffen zu rufen. Bezuglich des Arbeitsverhältnisses in Freiburg wurde dann eine treppige Regelung eingefügt, wenn die erste Abteilung, eine entsprechend ausgebauten Organisation, vorhanden sei. Bei Begründung trat in der Diskussion alle Kämpfer für die Erfüllung des Tarifvertrages auch in Freiburg ein und vertraten, nunmehr noch mehr als bisher, an dem Bau des Verbandes zu arbeiten, um so die Grundlage für ein vertragliches Arbeitsverhältnis zu schaffen. Beschllossen wurde, sich mit den am Ende befreindenden blühenden Arbeitern und Gesellenvereinen in Verbindung zu setzen, um eine Beamtung einer öffentlichen Versammlung in der nächsten Zeit, um auf diese Weise die Sphäre der christlichen Gewerkschaftsleitung in weitere Breite zu tragen. Das zu dieser Beamtung dann auch viele Frauen ergebnissen mögen, wurde besonders gewünscht. Werden die in der Versammlung gegebenen Anregungen in die Tat umgesetzt, so heißt zu erwarten, daß auch wie zahlreiche Kollegen in Süsse und der Sozialisten Tarifvertrag erneut werden.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der Gewerbeverein der Heimarbeiterviertel Deutschlands, bei den Gewerken der Städte durch die Selbsthilfe der Gewerkschaften eine Fortentwicklung ihres Sozialen Vermögens will, hat besonders große organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden. Die Mehrzahl der Heimarbeiterviertel haben heute noch die Kraft, aus ihr jetzt heraus einen Vertrag zur Festung ihrer Lage zu unternehmen. Am schwersten hilft es angeknüpft der zeitigsten wichtigen Städte, für die der jeweils erfolgreiche Gewerbeverein weitestgehend Spezialfertigkeit zu erzielen. Den zur größten Gewerbevereinsgruppe gehörigen Gewerbeverein der Heimarbeiterviertel in der schwierigen Aufgabe in wichtigen Städten gesehen. Die Gewerken der alten heimarbeiterviertel vertragen sich 10 bis 15 Prozent eingeschränkt der Tarifvertrag, eben diese Mittel die geschäftsfähige Arbeit ergebnislos sein kann. Vor einigen Jahren hat der Gewerbeverein seine Beiträge auf den letzten Stand erweitert, insbesondere aber auch eine Steigerung, sogar einen Mitgliedsaufgang zu verzeichnen gehabt. Doch nunmehr hat er auf diese Fortentwicklung überwanden. Gegenwartig ist der frühere höchste Stand in der Rückbildung zurück gegangen, sogar noch zurückgefallen. Der Gewerbeverein steht Ende Juli 1911 25 Mitglieder, gegenüber 6500 Anfang dieses Jahres. Es geht also wieder rückwärts mit der gewerkschaftlichen Heimarbeiterviertelbewegung.

Vorwort zu sozialalem Sozialem.

Das größte wirtschaftliche Unternehmen der Christlichen Gewerkschaften ist die preußische Eisenbahnverwaltung, da kein anderes bezüglich der sozialen Verhältnisse des Staates mit mehr sozialisiert ist. Die Eisenbahnen

und Flüsse des Ordinariums befinden sich auf 2 201 784 000 Mark, wozu noch ein nicht unerhebliches Extrabudget hinzu tritt. Etwa 350 000 Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter und 150 000 Beamte werden von der Verwaltung beschäftigt. Die gesamte Bevölkerung des Königreichs Norwegen hat ungefähr dieselbe Zahl an Bewohnern aufzuweisen. Für Besoldung, Wohlfahrts-Einrichtungen usw. wird die gewaltige Summe von 731 551 300 Mark aufgewendet. Wie es ja bekannt ist, und auch der Eisenbahnaminister förmlich in der Budgetkommission besonders darauf aufmerksam machte, steht die Betriebs sicherheit auf preußischen Bahnen unerreicht da.

Gerichtliches.

Sozialdemokratische Gewaltherrschaft im Münchener Ban gewerbe vor Gericht.

In Nr. 16 der „Baugewerkschaft“ teilten wir mit, daß sich am 28. März auf dem Institut-Neubau der Englischen Kranken in Münchenerburg mehrere „Genossen“ von der roten Couleur schwere Ausschreitungen gegen Kollegen von unserem Verbande haben zuschulden kommen lassen. Bei derartigen Entlassen sind der „Grundstein“ und seine Nachbeter gleich mit ihren „amtlichen“ Dementien da und bezeichnen unsere Angaben als „übertrieben“ oder auch kurzweg als „christlichen Schwund“, aber bei dieser Sache war der „Grundstein“ hübsch ruhig, — hat also zugegeben. Anders war es in inoffiziellen Diskussionen mit „Genossen“ über diese Angelegenheit; dieselben stellten das Ganze als erstanden (!) und erlogen hin. Sobald dieselben gewahr wurden, daß unsere Kollegen, die nach sozialistischen Manieren gehandelt waren, gerichtlichen Anklage verlangten, infizierten sie in ihren Versammlungen Entrüstungsgespräch, ob der Freiheit der Christlichen, die friedliebende (?) „Genossen“ vor den Hadi bringen wollen.

Sehr liegt die gerichtliche Klärstellung, die am 10. August vor dem Amtsgericht München II zum Ausdruck kam, vor uns. Dieselbe hat den Beweis vollaus erbracht, daß die Angaben in der „Baugewerkschaft“ nicht nur erwidern, sondern in Wirklichkeit noch entschärft waren.

Der tägliche Angriff auf unsere Kollegen war nicht plötzlicher Natur, sondern ein längst geplanter. Die Lehrjungen sind von den „Genossen“ abgerichtet worden, die Blöße der Christlichen in der Kantine zu befreien, was sie auch taten. Als diese unsere Kollegen bemerkten, stellte einer davon, Hirschbogel, die Jungen zur Rede, worauf jogleich von einem anderen Diener aus den Kopf des H. ein Teller saftig Brotsack flog. Fast gleichzeitig mit diesem fiel der tote Hirschbogel Unseren kleinen Maßtrug und ging weiter auf H. los. Jedoch ehe H. mit seinem Krug zum Schlag ausholte, wurde ihm der Kollege entwunden, so daß er dann seine zwei Fausten nahm und auf den Kopf des H., der auf den Diener gedrückt war, solange einschlug, bis er rote und blaue Flecke sah, wobei er von dem „Genossen“ Böller unterstützt wurde. Beide ließen erst von H. ab, als ein Kollege Siemelch demselben zu Hilfe kam, gegen den sich dann die beiden „Freiheitsstifter“ ebenfalls mit ihren Fausten wandten, und ihn im Verein mit einem dritten „Genossen“, Meier, der sich mit einem eigenen Stuhl bewaffnet hatte, mindestens ebenso „damit“ schlugen wie ihr erster Opfer, den Kollegen H. Trotz dieses gerichtlich festgestellten Tatbestandes hatten die „Genossen“ unmittelbar nach der Tat die Dreifigkeiten und gingen zum Polizei Meier, um den Kollegen Hirschbogel als den Aufwiegler hinzuführen, der Polizei untersuchte die Sache nicht näher und entließ fürstig den Kollegen H. Dieses „kürze Verfahren“ wird uns begreiflich, weil, wie wir erfuhrten, der Polizei Meier nicht nur ein ehemaliger Verbandsgenosse, sondern heute noch ein guter Spezie zum „Genossen“ Unseren gehört ist.

Zu der Gerichtsverhandlung selbst hatten die unschuldig seit Monaten „Genossen“ ein ziemliches Aufgebot von jogenannten Entlastungszeugen mitgebracht, wovon aber mancher auf die Anklagebank gehörte hätte. Damit kamen sie aber doch nicht durch, sondern das Gericht erkannte nach erfolgter Beweisaufnahme alle drei für jugdlich. Unser wurde zu 40,- Pf. Geldstrafe oder 8 Tage Gefängnis, Böller zu 20,- Pf. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis verurteilt, für Meier hatte der Amtsgericht 1 Woche Gefängnis beantragt, der aber, weil kein Augenzeuge da war, der gehalten hatte, wie er mit seinem eigenen Gartenstuhl zugetragen, obwohl er hinterher, wie eifrig festgestellt, sagte: „Den Christlichen hab' ich vor Anfang g'schmettert“, wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wurde.

Auf das Urteil selbst wollen wir hier nicht eingehen, sondern auf das Verhalten der sozialdemokratischen „Münchener Post“. Dieselbe, die sonst in Sensationshabscherei macht, stellte das ganze verantwortliche Treiben ihrer Anhänger als eine „Schieberie“ hin, und stellt den gerichtlichen Tatbestand direkt auf den Kopf. Die vom Gericht ausgeprägten Geldstrafen bezeichnet sie als klein, um daraus ihre ganze Stärke, die eine sozialistische Rauke in Reinheit darstellt, einzusehen zu können. Sind ihr in dieser Beziehung wohl der „Grundstein“ diesmal folgen, der ihr sonst das Prädikat „Schlumer als leichtsinnig“ aussetzte?

Etwas regt noch zum Nachdenken an. Es gehen Gerüchte um, die besagen, daß die drei „Genossen“ wegen vorstehender Rechte Rechtschutz vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband bekommen haben. Wenn man die Beurteilung der „R. P.“ von den beiden Geldstrafen, und den Fall, der sich am 15. Juni 1911 in Landshut vor dem Gericht abspielte, wobei ein „Genosse“ (der Vorsitzende vom toten Bauarbeiterverbande in Landshut) einen ehrlichen Gewerkschaftsführer schwer beleidigt hatte, und der tote Bauarbeiterverband die Verpflichtung übernahm, im Gewerbevereinsfalle für die getöteten Kosten aufzukommen, in Bezug zieht, so wäre dies nichts Unmögliches.

Die Konsequenz hierfür wäre, daß der sozialdemokratische Bauarbeiterverband schon auf der Stufe angelangt ist, seinen Gelehrten im Kampfe gegen die Christlichen Freiheit auszuweisen.

Von den Arbeitsstellen.

Städteamt. Am 14. August führte der Maurer Kohlreuter auf einem Neubau der Firma Löwag, Vollmerswerther Straße, den der ersten Stufe im Tropenhaus und zog sich eine blutige Kopfbedeckung zu. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Zufrieden hat Kohlreuter einen Schwundknoten bekommen, da man sich eine andere Ursache nicht erklären kann.

Stadt. Am Donnerstag, den 10. August, führte am Neubau des Unternehmens Clemont an der Stammbachstraße am Zoologischen Garten der Kollege Joh. Schmidt (Maurer) infolge eines Gestritts von der zweiten durch die erste Balkenlage bis zum Erzgegipfel. Der Kollege hat durch den Sturz außer einer Lassenden Fröhne am Hinterkopf auch noch andere Erwürgungen erlitten. Er wurde im Krankenhaus behandelt, wo er erst andern Nachmittags zum Bewußtsein kam. Wäre die erste Balkenlage, wie das die Baupolizeivorschriften verlangen, aufgedeckt gewesen, so wäre es wahrscheinlich, daß ein Mann von der zweiten Balkenlage bis zur Höhe fallen könnte. Auch wäre der Fall unter keinen Umständen so schwer, wie der jetzige. Wie lange noch stehen die ... nur auf dem Papier?

Mülheim (Ruhr). Ein schwerer Fall ereignete sich am Montag, den 14. 8. 1911, nachmittags kurz nach 3 Uhr,

im Rohrenkamp an den Neubauten der Firma Duhrt und Hoffmann, indem an dem mittleren Neubau die Bordwand in sich zusammenbrach. Auch die Mittelwände wurden zum Teil zerstört. Dabei sind fünf Personen verunglückt, wovon der 17jährige Karl Kronert am tödlichsten betroffen wurde, indem er eine Quetschung der Brust, einen Beckenbruch und anscheinend auch sonst noch schwere Verletzungen erlitt. Die übrigen Verunglückten: Dörter, Felger, Hinrich und Bonnart, trugen zum Teil Beckenbrüche, einen Kreuzbruch und sonstige kleinere Verletzungen davon. Der Unfall soll durch einen Konstruktionsteil in den Betonarbeiten entstanden sein, indem der Stützeiseler am anstoßenden Neubau zu schwach gewesen sein soll. Auch sollen die Decke und der Betonunterzug am Samstag schon ganz bedenklich sich durchgebogen haben, etwa 5 Centimeter soll sie betragen haben. Trotz dieser Anzeichen soll keine Belastungsprobe stattgefunden haben. Die Verankierung der Decke und des Unterzuges, sowie die Verbindung der Eisenbetonstäbe im Giebel war anscheinend sehr ungenügend. An diesen Bauten bewährte sich das Sprichwort „Mord ist Mord“, denn ein derartiges Halten und Fagen, wie an diesen Bauten, hat noch nirgends in Mülheim stattgefunden. Auch der Organisation sind die dort Beschäftigten zum größten Teile sehr schwer zuvertrauen. In Mülheim haben sich in den letzten Jahren recht schwere derartige Unfälle gezeigt. Die Untersuchung wird ergeben müssen, wer der schuldige Teil an diesem Unfall ist.

Oberhausen. Ein Opfer der Akkordarbeit und der Schmutzkonkurrenz wurde am Donnerstag, den 10. August, unser Kollege Franz Sachs. Er war bei der Firma Witte Großmann als Putzer an einem Neubau in der Bothestraße beschäftigt. Er machte einen Fehltritt, trat auf die Schuhdecke, diese brach durch und der Kollege fiel eine Stange herunter auf den Beton. Er zog sich eine Rückgratverletzung zu und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Schuld an diesem bedauerlichen Unglücksfall ist mir: die Akkordarbeit und die hier in schönster Blüte stehende Schmutzkonkurrenz. Die Rohbaubarbeiten wurden ausgeführt von der Firma Gatterdam, die Schuhdecken jedoch, die doch auch zum Rohbau gehören, wurden von einer Firma aus Ruhrtal hergestellt. Diese machte die Arbeiten um 10 Pf. billiger wie die bauausführende Firma. Es ist da wohl leicht begreiflich, wenn eine auswärtige Firma die Arbeiten so billig macht, daß eine gute Arbeit nicht geliefert werden kann. Besonders dann nicht, wenn diese Arbeit nochmals in Mord ist. Die Traglatten sind sehr mangelhaft angegossen. Es sind Stellen vorhanden, wo die Nägel bis zu 60 Centimeter auseinander sind. In der Stelle wo der Kollege durchgebrochen ist, ist die Tragplatte an eine baumkantige Stelle angegossen und hatte somit wenig Halt. Dadurch ist dann das Unglück entstanden. Zuviel geringer Preis und dann Mord, es folgt hieraus natürlich System verschwinden? Unseren Kollegen möchten wir zurufen, doch vorsichtig zu sein und niemals auf Schuhdecken zu treten, besonders dann nicht, wenn derartig gearbeitet werden ist. Unsere gefundenen Knochen gibt uns niemand zurück.

Briefkasten.

Buer, B. Der Bericht über den Unfall lief so spät ein, daß er keine Aufnahme mehr finden konnte. Warum berichtet man uns über solches nicht sofort? Gruß.

Datteln, Kt. Berichte über Gewerkschaftsstreiks nehmen wir nicht auf. Du mußt Dich daher schon beschließen. Freundl. Gruß.
Hagen, Schm. Die Aufnahme der Lobesangeige kann wegen verspäteter Einwendung nicht mehr erfolgen. Gruß.

Bekanntmachungen.

Berufungsstelle Duisburg.

Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter für dauernde Arbeit gesucht. Stundenlohn 48 bzw. 58 Pfsg. Zu melden auf dem Verbandsbüro Zellstr. 28.

Achtung Stoffkäteure!

In Elberfeld wird am 1. September in einem großen Warenhaus mit der Ausführung der Innenausbauarbeiten begonnen. Akkordarbeiten sind zu vermeiden, da der bestehende Vertrag den Akkord ausschließt. Bereitende Kollegen werden ersucht, sich sofort auf unserer Geschäftsstelle, Klosterbahn 12, anzumelden.

Der Vorstand.

Achtung Arbeitslose.

Rauch Hamm, Weiß. werden sofort eine Anzahl Maurer und Bauhilfsarbeiter gesucht. Tatschlohn für Maurer 54 Pfsg. ev. mehr. Zu melden auf dem Verbandsbüro Feiditsch. 94. Um Zugang wird gebeten.

Aufforderung.

Ber der Aufenthalt des Kollegen Johann Bodmann, Maurer (Buch-Nr. 200991), geboren 7. April 1885 zu Bödensee, Eichsfeld, feint, wird gebeten, seine Adresse an Vergmann, Berlin, Süderdorfer Straße 60, mitzuteilen, damit er sein Buch in Empfang nehmen kann.

Aufforderung.

Der Maurer Philipp Bündorf, geb. 9. März 1883 zu Wiesbaden, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahnstelle Krefeld gegenüber nachzukommen. Wer Aufsicht über den Aufenthalt geben kann, wird gebeten, dieses dem Kollegen G. Schwarz, Krefeld, Hubertusstraße 30, mitzuteilen. Vermutlich hält Bündorf sich im Industriegebiet auf.

Aufforderung.

Ber die jetzige Adresse des Maurers Eduard Küsel aus Schleidenhausen, Post Heinzel, kennt, der wird hierdurch ersucht, dieselbe dem Sekretariat der christlichen Maurer in Bochum, Wiemelhäuser Straße 13, mitzuteilen. Küsel hat gearbeitet und gewohnt in Hamborn i. B.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 3302 nebst Ausweisliste, lautend auf Wilhelm Denkbeil geb. zu Katernberg von der Zahnstelle Datteln; die Buch-Nr. 11342 lautend auf Franz Köbler, geb. am 1. 9. 1885 zu Lüchingen, von der Verwaltungsstelle Hannover.

Der Kollege Karl Vogelsang, gebürtig aus Lügde, wird aufgefordert, seine Adresse dem Kollegen A. Schmidt, Berlin O. 17, Rüdersdorfer Straße 60, unverzüglich mitzuteilen. Kollegen, welche Angaben über den Aufenthalt des Kollegen Vogelsang machen können, werden gebeten, dieses dem oben Genannten mitzuteilen.

Sterbefrei.

Am 10. August starb unser Mitglied Johann Süßmeier im Alter von 50 Jahren an einem Gehirnschlag. Er war Mitgründer unserer Verwaltungsstelle und ein stets eifriger und treuer Kollege.

Zahnstelle Rütingen.

Am 14. August starb unser treuer Kollege und Mitgründer unserer Verwaltungsstelle Stephan Bosselt im Alter von 64 Jahren infolge einer Bruchoperation.

Verwaltungsstelle Ostritz.